

Baden: Gasverbrauch sinkt um 40 Prozent

Energiekrise: Auch der Stromverbrauch wurde diesen Herbst in der Stadt deutlich verringert. Dazu beigetragen haben Firmen ebenso wie Private.

Pirmin Kramer

Der Stromverbrauch in der Stadt Baden ist in den Herbstmonaten 2022 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Gilles Tornare von der Regionalwerke AG Baden sagt auf Anfrage: «Wir gehen in den Monaten Oktober und November von einer Stromverbrauchsreduktion von rund je drei Prozent aus.»

Die exakte Ermittlung des Werts sei aufgrund des signifikanten Witterungseinflusses – es war ein sehr warmer Herbst – nicht ganz trivial. Bei den drei Prozent handle es sich um jene Reduktion, die aufgrund von Sparmassnahmen von Bevölkerung und Gewerbe zu Stande kam, so Tornare.

Schweizweit wurde im September kaum Strom gespart, wie vor einer Woche bekannt wurde. Die Meldung, wonach der Verbrauch im September um 13 Prozent gesunken sei, wurde korrigiert: Nur rund 1,1 Prozent tiefer lag der Verbrauch im September gegenüber dem Vorjahr. Ein Wert, der im Bereich üblicher Schwankungen liegt.

Weil Baden hingegen drei Prozent weniger Strom gebraucht hat, spricht Tornare von einem «relativ guten Ergebnis». Man dürfe nicht vergessen, dass es sich beim Stromsparen nach wie vor um eine freiwillige Massnahme handle. Der offizielle Sparappell des Bundes sei noch nicht geäussert worden, es laufe erst eine Sensibilisierungskampagne.

«Der Wert zeigt, dass in Baden etwas passiert, und dass die Menschen sensibilisiert worden sind», sagt Tornare. Denn Strom einzusparen, sei etwa im Vergleich zur Senkung der Ener-



So dunkel wie an der Earth Hour am 26. März ist es in Baden selten. Aber die Bevölkerung hat diesen Herbst viel Strom und Energie gespart.

Bild: Alex Spichale / BAD

giekosten fürs Heizen gar nicht so einfach. Dort sei der Hebel viel grösser. Wer seine Räume 1 Grad weniger heize, spare bereits sechs Prozent. Beim Strom hingegen brauche es für denselben Effekt mehrere Efforts; nur ein Gerät auszuschalten, genüge nicht.

Dass neben dem Strom auch der Gasverbrauch gesunken ist, erstaunt darum nicht. Dass es aber zu einem signifi-

kanten Einbruch des Gasabsatzes gekommen ist, überrasche ihn, sagt Tornare. 40 Prozent weniger Gas als im Vorjahr wurde in den Monaten September und Oktober in Baden verbraucht.

Natürlich spielten das milde Wetter und die höheren Temperaturen draussen eine wichtige Rolle – Räume mussten also weniger stark geheizt werden. Ent-

scheidenden Einfluss hatten in Baden mehrere Grossfirmen, die nicht mehr auf Gas, sondern auf Öl setzen. Und: «Auch viele Private haben ganz offensichtlich ihren Energieverbrauch merklich gesenkt», so Tornare.

Viele Menschen in Baden heizten ihre Räume weniger stark als früher, und die Heizungen seien zu einem späteren Zeitpunkt als üblich aufgedreht worden.

Grossen Einfluss hätten mit Sicherheit die stark gestiegenen Preise für Gas, so Tornare. Er sei gespannt, wie sich die Preise für Strom, die ab dem 1. Januar ansteigen werden, auf den Verbrauch auswirken werden.

Von einer positiven Entwicklung spricht auch Stadtmann Markus Schneider. Es sei erfreulich, dass in Baden drei bis fünf Prozent weniger Strom und so

viel weniger Gas verbraucht worden sei. Im Gespräch mit der Bevölkerung und Detailhändlern merke er, dass Energiesparen zum Thema geworden sei. Schneider sagt, er wisse von Privathaushalten und Geschäften, die dieses Jahr auf eine Weihnachtsbeleuchtung verzichteten. Dafür werde die Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt genossen.

Grüne sind für die Fusion

Darum steht die Fraktion hinter dem Zusammenschluss zwischen Turgi und Baden.

Turgi hat dem Fusionsvertrag mit Baden vor zwei Wochen zugestimmt: 119 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sprachen sich dafür aus, nur neun lehnten ihn ab. Mit der Sitzung des Badener Einwohnerrats vom 6. Dezember steht nun die nächste Hürde an. SP und Team haben ihre Ja-Parole bereits verkündet. Jetzt teilen auch die Grünen Baden mit, dass sie die Fusion mit Überzeugung unterstützen.

Fusionen mit Nachbargemeinden seien grundsätzlich zukunftsweisend, hält die Fraktion in einer entsprechenden Mitteilung fest. Es seien Funktionsräume für Verkehr, Bildung, Kultur oder öffentliche Sicherheit, die für die Entwicklung der Ortschaften gemeindeübergreifend hinweg relevant seien. «Die angestrebte Modellstadt folgt dieser Devise und die Fusion ist ein erster wichtiger Schritt dazu, den wir nicht verpassen dürfen», schreiben die Grünen. Zudem könnten mit der Fusion Syn-

ergien genutzt und anstehende Herausforderungen gemeinsam effizienter gelöst werden, ist die Partei überzeugt. Ebenfalls vorteilhaft sei, dass Baden auf kantonaler Ebene eine zentralere Rolle einnehmen würde. Damit würde die Stadt den Nachbargemeinden gleichzeitig signalisieren, dass sie gewillt sei, die Zentrumsfunktion zu leben und die ganze Region in enger Zusammenarbeit zu gestalten.

Baden bald grösste Stadt im Kanton?

Die Grünen halten den Fusionsvertrag für sorgfältig ausgearbeitet: Er widerspiegle den intensiven Prozess, den die beiden Gemeinden in den vergangenen Monaten gemeinsam gegangen seien. «Wir schätzen es, dass einige unserer Anliegen aufgenommen wurden», heisst es in der Mitteilung weiter. So der Wunsch nach einer direkten Busverbindung zwischen dem Bahnhof Turgi und Baden. Oh-

nehin biete der Entwicklungsraum rund um den Bahnhof Turgi viele strategische Vorteile.

Aus raumplanerischer Sicht ungünstig erachten die Grünen hingegen die Tatsache, dass die Gemeinden erst etwa im Jahr 2040 eine gemeinsame Bau- und Nutzungsordnung haben werden. Gerade in Fragen von Klimaschutz und Klimaanpassung sei diese wegweisend und spiele bei der Umsetzung der künftig gemeinsamen Klimaziele eine wichtige Rolle. «Wir werden diese Gesichtspunkte mit Interesse weiterverfolgen», schreibt die Partei.

Stimmt der Badener Einwohnerrat an seiner Sitzung nun für die Fusion, kommt es am 12. März 2023 in Baden und Turgi zur entscheidenden Urnenabstimmung. Anschliessend muss der Vertrag noch vom Grossen Rat des Kantons genehmigt werden, damit Baden ab dem 1. Januar 2024 zur grössten Aargauer Stadt würde. (sku)

Fusion zum Zweiten

Badener Stadtrat bessert Vorlage über die Fusionspläne der Feuerwehren nach – so profitieren die Gemeinden.

Philipp Zimmermann

Der Badener Einwohnerrat wird am 6. Dezember zum zweiten Mal über die Fusion der Badener Stützpunktfeuerwehr (mit Ennetbaden) und der Feuerwehren Gebenstorf-Turgi und Birmenstorf-Mülligen befinden. Beim ersten Anlauf Ende Mai wies das Parlament den Vertrag an den Stadtrat zurück.

Zwei Punkte sorgten für Kritik: Erstens fehle ein transparenter Nachweis für die Kalkulation der pauschalen Abgeltung der Partnergemeinden. Zweitens fehle im Gemeindevertrag ein Mechanismus, dank dem die Vertragsgemeinden der Stadt Baden im Fall von steigenden Kosten eine höhere Pauschale zahlen müssten. Der Vertrag sah 42 Franken pro Kopf und Jahr vor.

Im überarbeiteten Vertrag bleibt es bei dieser Pauschale. Steigen oder sinken die Pro-Kopf-Nettokosten der Feuerwehr Baden (abzüglich Kosten der Stütz-

punktfeuerwehr und der Abgeltung der Gemeinde Ennetbaden) im Schnitt der letzten drei Jahre um mehr als 10 Prozent, passt die Feuerwehrkommission die Pauschale der Gemeinden Birmenstorf, Gebenstorf, Mülligen und Turgi entsprechend an. «In den letzten Jahren wäre keine Anpassung nötig geworden», sagt Stadtmann Markus Schneider (Mitte).

Der Stadtrat liefert auch die Herleitung für die Kosten nach: Die Nettokosten der Feuerwehr für die Stadt Baden betragen von 2015 bis 2019 im Durchschnitt 39.10 Franken pro Kopf. Bei Birmenstorf-Mülligen waren es 52.20 Franken und bei Gebenstorf-Turgi 47.50 Franken. Für den Vergleich wurden die Pandemiejahre 2020 und 2021 bewusst weggelassen.

Baden kommt dabei die hohe Einwohnerzahl zu Gute, schreibt der Stadtrat in seinen Unterlagen zuhanden des Einwohnerrats. In Birmenstorf

schlugen 2018 und 2019 höhere Soldzahlungen und die Anschaffung von Dienstkleidern zu Buche, in Gebenstorf 2016 die Reparatur des Torantriebs beim Feuerwehrmagazin.

Dank der Fusion kann die Feuerwehr im Ernstfall vom Magazin in Gebenstorf zum Badener Kappelerhof ausrücken. Das verkürzt die Anfahrtszeit gerade während der Stosszeiten. Dank der Fusion könne auch «das drohende künftige Personalproblem bei der Stützpunktfeuerwehr vorläufig gelöst werden», schreibt der Stadtrat.

Die Gemeindeversammlungen von Badens Partnergemeinden haben dem neuen Vertrag schon zugestimmt. Die Feuerwehrfusion soll auf den 1. April 2023 erfolgen. Damit würde die fusionierte Organisation zur grössten Feuerwehr im Kanton Aargau. Der Gemeindevertrag sieht eine Kündigungsfrist von zwei Jahren, jeweils auf Ende Jahr und erstmals 2026, vor.